

Aktive Bürger Bornheim

Wir erobern unsere Stadt zurück!

Wir bitten unsere Positionen in der Berichterstattung zum Thema Flüchtlinge zu berücksichtigen:

Pressemitteilung:

Wir würden uns freuen, wenn man unsere Pressemitteilung bei der Berichterstattung berücksichtigen könnte.

4 neue Flüchtlingsunterkünfte - die Diskussion geht weiter!

Die ABB berichtet seit einiger Zeit im Internet zum Thema Flüchtlinge in Bornheim. Ziel dieser Informationen sei es der spärlichen und unvollständigen Informationspolitik der Verwaltung gegenüber der Öffentlichkeit, insbesondere der anfallenden Kosten, entgegen zu wirken. Die ABB will laut [Wahlprogramm](#) „eine ernsthafte Beteiligung der Bürger bei elementaren Entscheidungen. Vor allem bei Investitionen, welche die Stadt mit einem erheblichen finanziellem Risiko belasten oder diese in Bezug auf ihre ökologischen und infrastrukturellen Ressourcen maßgeblich beeinflussen.“

Die ABB schreibt weiter: "Es ist nicht einzusehen wieso derart kostenträchtige Aktionen wie die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen weitgehend der Öffentlichkeit und auch Teilen der Rats- und Ausschussmitglieder (ASS) vorenthalten bzw. nur zeitversetzt zur Verfügung gestellt werden. Nachdem die ABB am 26.09.2016 die [Beschlussvorlage 782/16-7](#) für vier neue Flüchtlingsunterkünfte (siehe auch Punkt 6) veröffentlicht und ein [Flugblatt](#) in der engeren Umgebung der neuen Standorte verteilt, sowie eine [Pressemitteilung](#) verfasst hat, haben sich viele betroffene Bürgerinnen und Bürger gegen die Standorte gewehrt, Versammlungen abgehalten und Unterschriften gesammelt. Diese Unterschriftensammlungen würden von der Verwaltung bewusst zurück gehalten. Die Rats- und Ausschussmitglieder würden diese Unterschriftensammlungen, wenn überhaupt, nur deutlich zeitversetzt und geschwärzt zur Verfügung gestellt bekommen. Die Betroffenen hätten sich darauf verlassen, dass ihre Unterschriftenlisten auch an die Rats- bzw. Ausschussmitglieder weiter gegeben werden. Leider wurden die Betroffenen auch in diesem Fall wieder enttäuscht! Die Erfahrung mit der Verwaltung ist leider die, ohne Öffentlichkeit geht nichts!"

Im Sozialausschuss (ASS) und im Ausschuss für Stadtentwicklung (StEA) hat die Verwaltung die Beschlussvorlage 782/2016-7 seinerzeit zurück gezogen. Breuer: "Es war jedoch klar, die Vorlage wird später etwas abgeändert neu vorgelegt. Das ist nun geschehen. Leider wurde die neue Beschlussvorlage nur an 5 Fraktionsvorsitzende verschickt. Es verwundert natürlich nicht, dass die ABB diese Vorlage nicht erhalten hat. Dass diese Vorlage trotzdem den Weg zur ABB gefunden hat, sollte den Bürgermeister nicht verwundern. Die ABB wird diese Beschlussvorlage selbstverständlich veröffentlichen."

Die ABB fordert dazu auf, die Beschlussvorlage der Verwaltung Nr. 910/2016-7 öffentlich zu diskutieren, denn "noch leben wir in Deutschland und nicht in der DDR 2.0!"

1. 03.10.2017: [Beschlussvorlage 910/2016-7](#) <— die neue Beschlussvorlage !
2. 03.10.2016: [Vorlage 910/2016-7 \(Standorte Container\)](#)
3. 03.10.2016: [Vorlage 910/2016-7 \(Aufteilung nach Orten\)](#)
4. 03.11.2016: [Vorlage 910/2016-7 \(Lagepläne\)](#)

Die ABB beschwert sich im Internet über die Unterstellung von Hetze, die Bürgermeister Henseler in der Bonner Rundschau geäußert hat. Die ABB schreibt auf ihrer Internetseite: "Herr Henseler muss sich wohl über unseren Internetartikel "Bestandsaufnahme: Flüchtlinge in Bornheim" derart aufgeregt haben, dass er der ABB in der [Bonner Rundschau](#) Hetze unterstellt. Den Beleg, wo und an

welcher Stelle Hetze betrieben worden sein soll, bleibe er natürlich schuldig. Die Anfrage der Bonner Rundschau und der Hinweis auf unsere Veröffentlichung müssen ihn wohl derart geärgert haben, dass er unüberlegte Äußerungen gegenüber der Lokalpresse von sich gegeben hat."

Paul Breuer: "Wir vermuten, dass unserem Herrn Bürgermeister Henseler die korrekte inhaltliche Definition von Hetze nicht geläufig ist."

Hetze nach Wikipedia: „(kein Plural) Steht in der deutschen Sprache für eine übertriebene Eile, große Hast sowie das Getriebensein. Abwertend wird damit laut Duden auch die Gesamtheit unsachlicher, gehässiger, verleumderischer, verunglimpfender Äußerungen oder Handlungen bezeichnet, die Hassgefühle, feindselige Stimmungen und Emotionen gegen jemanden oder etwas erzeugen. Im gesellschaftlichen Sinn bezeichnet man als Hetze unsachliche und verunglimpfende Äußerungen zu dem Zweck, Hass gegen Personen oder Gruppen hervorzurufen, Ängste vor ihnen zu schüren, sie zu diffamieren oder zu dämonisieren.“

Breuer weiter: "Leider erleben wir in vielen Diskussionen im Rat und in den Ausschüssen, dass fehlende inhaltliche Argumente der grundsätzlichen Befürworter „offener Grenzen und offener Sozialsysteme für alle“ durch „Schläge unter die Gürtellinie“ ersetzt werden.

Über Geschmack lässt sich streiten, über politischen Anstand nicht! Ein Bürgermeister sollte so etwas nicht nötig haben."

04. November 2016

Paul Breuer